

Editorial



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Das Jahr 2000 ist am Ausklingen, und economieuisse hat die ersten Schritte hinter sich. Anlass genug, um unseren Mitgliedern und allen befreundeten Personen und Organisationen ein herzliches "Dankeschön!" zu sagen für die uns entgegengebrachte Unterstützung und Loyalität. 2000 ist Grund für Zuver-

«Das Jahr 2000 ist Grund für Zuversicht»

sicht: Die Wirtschaft hat auf einen soliden Wachstumskurs zurückgefunden, welcher sich auch in Zukunft fortsetzen dürfte. Der Souverän hat wirtschaftspolitisch wichtige Zeichen gesetzt: Annahme der bilateralen Verträge und Ablehnung der 18%-Initiative – Offenheit der Schweiz; Ablehnung neuer Energieabgaben – zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung in unserem Land; Ablehnung der AHV-Initiativen – Primat der langfristigen Sicherung unserer Sozialwerke; Ablehnung der Umverteilungsinitiative – Bekenntnis zu einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik. Neu organisiert, wird sich economieuisse auch 2001 mit aller Kraft für optimale Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und unsere Unternehmen einsetzen.

Schreiben Sie an:
rudolf.ramsauer@
economieuisse.ch

Schwerpunktthema

An seiner ersten Sitzung hat der Vorstand von economieuisse die Leitungsgremien und die ständigen Kommissionen eingesetzt.

Seite 4 ▶

CO₂-Gesetz: Richtschnur der Schweizer Klimapolitik

■ Die 180 Staaten, die im November an der Klimakonferenz in Den Haag teilgenommen hatten, konnten sich nicht auf eine konkrete Umsetzung des Protokolls von Kyoto einigen. Das Schweizer CO₂-Gesetz bleibt gültige Richtschnur der Schweizer Klimapolitik.

Ziel der Den Haager Klimakonferenz war festzulegen, wie das Protokoll von Kyoto (das verbindliche Vorgaben zur Reduktion von klimarelevanten Gasen enthält) konkret umgesetzt werden soll. Der Grund für die vorläufige Unterbrechung ist die Tatsache, dass zwischen einer von den USA angeführten Ländergruppe und jener um die EU kein Kompromiss zwischen deren beiden Philosophien gefunden werden konnte: Die USA wollen ihre individuellen Reduktionsziele wesentlich durch die Anwendung der flexiblen Mechanismen (Klimaschutzprojekte im Ausland und Emissionshandel) und der Senken (Wald- und Land-

wirtschaftsflächen, welche der Atmosphäre CO₂ entziehen) erfüllen, während die EU die Priorität auf Reduktionen an der Quelle legt. Formell ist die Klimakonferenz nicht gescheitert, da man sich in letzter Minute darauf einigte, die Verhandlungen im kommenden Frühjahr fortzusetzen.

Die Konferenz hat deutlich gemacht, dass die Problematik des Klimawandels kaum mehr bestritten ist. Die Dis-



René
Buholzer,
Mitglied der
Geschäfts-
leitung

kussionen drehen sich um die angemessene Reaktion darauf. Die Resultate der Konferenz bedeuten für die Schweiz erstens, dass der Ratifikationsprozess für das Kyoto-Protokoll vorerst nicht eingeleitet wird – dies zur Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Zweitens muss die Bedeutung der Senken für die schwei-

zerische Klima-, Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Raumpolitik vom Bund zügig wissenschaftlich abgeklärt werden. Drittens bleibt das CO₂-Gesetz, welches bereits seit dem 1. März 2000 in Kraft ist, die gültige Richtschnur der schweizerischen Klimapolitik: Der Weg zur Emissionsreduktion führt über die Steigerung der Energieeffizienz in der Schweiz und damit über freiwillige Massnahmen und Verpflichtungen.

economieuisse hat zusammen mit dem Gewerbeverband vor Jahresfrist zu diesem Zweck die «Energie-Agentur der Wirtschaft» ins Leben gerufen. Diese schafft die organisatorischen Voraussetzungen, dass sich die Unternehmen im Rahmen einer Zielvereinbarung mit dem Bundesamt für Energie zu einer Zielsetzung der CO₂-Begrenzung verpflichten und damit vom Zahlen einer allfälligen CO₂-Lenkungsabgabe befreien lassen können.

Link:
www.economieuisse.ch

Aktuell

Verwässerte Steuerrevision

economieuisse ist enttäuscht über die zögerliche Haltung bei der Reform der Stempelsteuer. Der Bundesrat wollte durch eine rasche Teilrevision die institutionellen Anleger und die an einer ausländischen Börse gehandelten Blue Chips vom Börsenstempel befreien. In der Folge schlug die Wirtschaftskommission des Ständerates vor, die inländischen institutionellen Anleger von dieser Be-

Mehr dazu auf
www.economieuisse.ch

UNO-Beitritt

Der Bundesrat strebt in der laufenden Legislatur (bis 2003) den Beitritt zur UNO an. economieuisse unterstützt dieses Vorhaben. Differenzen bestehen bezüglich des Entscheids zur Aufnahme von Verhandlungen mit der EU über einen Beitritt.

Seite 2 ▶

Bilaterale Abkommen

Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU müssen von den nationalen Parlamenten der EU-Staaten genehmigt werden. Besonders aufwändig ist dieses Verfahren in Belgien.

Seite 2 ▶

Langsamere Gangart der Konjunktur

Die Konjunktur in der Schweiz hat sich auf einem ansehnlichen Wachstumspfad stabilisiert. Die schweizerischen Exporte werden nächstes Jahr weiterhin positive, aber etwas weniger kräftige Impulse erhalten.

Seite 3 ▶

Am Bankkundengeheimnis festhalten

Die EU-Finanzminister haben sich grundsätzlich über die grenzüberschreitende Zinsbesteuerung geeinigt. Offen ist jedoch, wie dies administrativ geregelt wird. Von der Schweiz werden Zugeständnisse erwartet.

Seite 3 ▶

freiung auszunehmen, um die Mindereinnahmen für den Bund von 440 auf 218 Mio. Franken zu verringern. In der ersten Woche der Wintersession schwenkte nun auch Finanzminister Kaspar Villiger auf diese Version ein. Für die Schweizer Wirtschaft ist diese Kehrtwendung nicht nachvollziehbar; der Börsenstempel ist im internationalen Wettbewerb nicht haltbar. Zudem: Die Anstrengungen für eine Unternehmenssteuerreform müssen weiterverfolgt werden.

Als Stagiaire bei economiesuisse in Brüssel

Europapolitisch interessierten Hochschulabsolventen bietet economiesuisse die Möglichkeit, während eines dreimonatigen Stage bei der Brüsseler Vertretung von economiesuisse Einblick in die Sonja Tätigkeit der Hürlimann europäischen Institutionen sowie der Verbände der europäischen Wirtschaft im Rahmen der UNICE zu erhalten. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage von economiesuisse.



Link:
www.economiesuisse.ch/d/bruessel/stage.htm

Schwerpunkte und Termine im Jahr 2001

Schweden bereitet sich auf seine erstmalige Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 vor. Die Erweiterung der EU sowie Beschäftigungs- und Umweltfragen bilden die drei Schwerpunkte im Programm der kommenden Präsidentschaft, wobei dem Vortreiben des Erweiterungsprozesses oberste Priorität eingeräumt wird.

Im Zentrum des Sondergipfels des Europäischen Rates in Stockholm (23./24. März 2001) stehen im Sinne einer Umsetzung der neuen sozialpolitischen Agenda des Lissabonner Gipfels der Einsatz der neuen Technologien in einer wissensbasierten Gesellschaft sowie Fragen des Sozialmodells im veränderten Wirtschaftsumfeld. Das Gipfeltreffen in Göteborg (15./16. Juni 2001) steht dagegen im Zeichen des EU-Erweiterungsprozesses sowie des Umweltschutzes, wobei eine neue, sämtliche Politikbereiche durchwirkende Strategie des Sustainable Development aufgrund eines Vorschlags der Europäischen Kommission formuliert werden soll.

Termine

- Sondergipfel des Europäischen Rates in Stockholm (23./24. März 2001)
- Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Göteborg (15./16. Juni 2001)

Link:
Informationen zu Schweden und EU/schwedische Ratspräsidentschaft (in Englisch): <http://www.utrikes.regeringen.se/au/startsidan.htm>
Offizielle Website der Ratspräsidentschaft (Schweden): <http://ue.eu.int/de/summ.htm>

Politik Schweiz

UNO-Beitritt in der laufenden Legislatur

Der Bundesrat strebt in der laufenden Legislatur den Beitritt zur UNO an; bis spätestens 2007 will er über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU entscheiden.

Der Mitte November vorgestellte Aussenpolitische Bericht 2000 des Bundesrats umfasst insbesondere die Leitlinien, Ziele und Schwerpunkte der schweizerischen Aussenpolitik im neuen Jahrzehnt. Der Bundesrat bekräftigt damit, dass er am aussenpolitischen Kurs der 90er Jahre festhalten, jedoch verstärkt international kooperieren will.

Der Bundesrat konkretisiert in seinem Bericht die fünf Ziele, die auch in der Bundesverfassung festgehalten sind:

- 1 Friedliches Zusammenleben der Völker
- 2 Achtung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie
- 3 Wirtschaftliche Interessenwahrung

Schwerpunkte zur Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bilden die KMU-Exportförderung, die aussenpolitische Unterstützung des Forschungs- und Lehrplatzes Schweiz sowie der multilaterale und bilaterale Einsatz

für weltweit gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Eine hohe Bedeutung misst der Bundesrat der Förderung des Finanzplatzes Schweiz zu. Er spricht sich explizit für eine Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses aus.

- 4 Linderung von Not und Armut
- 5 Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Zur Durchsetzung dieser Ziele kommt den multilateralen Aktivitäten eine Schlüsselrolle zu. Der Bundesrat will die Schweiz daher noch in der laufenden Legislatur in die UNO führen. Die Schweizer Wirtschaft begrüsst diesen Schritt.

Ausserdem will der Bundesrat in der nächsten Legislaturperiode (2004 bis 2007) die Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU treffen. Er formuliert dazu drei Bedingungen:

- Es müssen Erfahrungen mit der Umsetzung der sieben bilateralen Abkommen vorliegen.
- Die Auswirkungen eines EU-Beitritts auf verschiedene Bereiche sind zu prüfen. Wenn nötig sind entsprechende Reformvorschläge zu unterbreiten.

- Es muss eine breite innenpolitische Unterstützung der bundesrätlichen Integrationspolitik vorhanden sein.

Bis diese drei Bedingungen erfüllt sind, will der Bundesrat im Rahmen des bilateralen Verhältnisses zwei Themenkreise in Angriff nehmen:

- Die so genannten «Überbleibsel» aus den sieben Abkommen stehen zur Diskussion.
- Beide Seiten haben weitere Wünsche nach einem Ausbau der Zusammenarbeit.

Während der Bundesrat auf einen EU-Beitritt setzt, tritt economiesuisse für eine Offenhaltung der drei Optionen ein. Bezüglich der unmittelbaren Zukunft gehen die Überlegungen aber in die gleiche Richtung.

Der Vorstand von economiesuisse hat den bundesrätlichen Bericht zur Kenntnis genommen und eine Liste verabschiedet, die die Themen der Schweizer Wirtschaft zur Weiterverhandlung umfasst.

Links:
Europabericht economiesuisse auf www.economiesuisse.ch
Aussenpolitischer Bericht auf <http://www.eda.admin.ch/eda/g/home.html>

Politik international

«Nichthandelsfragen» und die UNO

Um das Aufkommen von protektionistischen Tendenzen zu verhindern, darf das unter der Aufsicht der WTO stehende multilaterale Handelssystem nicht benutzt werden, um «Nichthandelsfragen» zu behandeln. Der geeignete Rahmen für die entsprechenden Gespräche sind die Vereinten Nationen.

Die ICC – International Chamber of Commerce (Internationale Handelskammer) – ist sich bewusst, dass die Einführung von Regeln und Sektoren, die mit dem multilateralen Han-



delssystem im Zusammenhang stehen, erhebliche Auswirkungen auf andere Bereiche haben kann. Sie spricht sich daher für eine engere Zusammenarbeit zwischen der WTO und anderen zwischenstaatlichen Organisationen aus, die ähnliche Verantwortlichkeiten wahrnehmen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Entwicklungspolitik und Umweltschutz.

Gegenwärtig werden die zwischenstaatlichen Insti-

tutionen durch zahlreiche Doppelspurigkeiten und eine mangelnde Koordination daran gehindert, wirksame globale Massnahmen zum Schutz und zur Erhaltung der «Güter» der Menschheit umzusetzen. Nach Auffassung der ICC sollten die Vereinten Nationen ihre Führungsrolle wahrnehmen und sich mit den Problemen von globaler Tragweite auseinandersetzen. Mit isolierten Aktionen auf nationaler oder regionaler Ebene können diese Probleme nicht gelöst werden.

Link:
www.icc-switzerland.ch

Aufwändige Ratifikation

Unter den sieben bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betrifft das Abkommen über den Freien Personenverkehr sowohl gemeinschaftliche als auch nationale Kompetenzen und muss deshalb auch von den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten genehmigt werden.

Dieses nationale Verfahren ist in Belgien aufgrund der Staatsstruktur besonders aufwändig, da sich der Föderalstaat aus drei Gemeinschaften (flämische, französische und deutschsprachige) sowie drei Regionen (flämische, wallonische und Brüssel-Hauptstadt) zusammensetzt, welche einander rechtlich gleichgestellt sind. Deshalb muss das Ratifikationsverfahren durch sieben parlamentarische Institutionen (Senat und Kammer auf nationaler Ebene, Flämisches Parlament, Parlament der französischen sowie der deutschsprachigen Gemeinschaft, Parlament der Region Wallonien sowie der Region Brüssel-Hauptstadt) laufen, bevor die Genehmigung Belgiens erfolgen kann.

Der Ratifikationsvorschlag, welcher im September 2000 durch den belgischen Ministerrat genehmigt worden ist, liegt derzeit dem Staatsrat zur Überprüfung vor. Erst nach dessen Einverständnis kann die Vorlage zur Behandlung auf der parlamentarischen Ebene weitergeleitet werden. Da die Parlamente selbst entscheiden, wann sie die Vorlage auf ihre Tagesordnung setzen, kann es jedoch noch mehrere Monate dauern, bis diese Hürden geschafft sind. Das Integrationsbüro erwartet eine Ratifikation Belgiens erst Mitte 2001.

Link:
<http://www.europa.admin.ch/d/int/abratif.htm>

Bankiervereinigung: neuer Geschäftsführer

Urs Roth heisst der neue Vorsitzende der Geschäftsleitung und Delegierte des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankiervereinigung. Der 53-jährige Chefjurist der UBS tritt Anfang 2001 die Nachfolge von Nikolaus Blatter an, der ins Direktorium der Schweizerischen Nationalbank wechselt. Roth ist bereits in verschiedenen Ausschüssen des Bankendachverbandes tätig; so präsidiert er unter anderem seit 1997 den leitenden Ausschuss «Schweiz – Zweiter Weltkrieg».

Nein zum Verkehrschaos

Am 4. März 2001 kommt die Volksinitiative «Strassen für alle» an die Urne. Der VCS will damit Tempo 30 flächendeckend innerorts einführen. Ausnahmen sollen nur unter strengen Bedingungen und auf Hauptstrassen möglich sein. Tempo 30 generell ist überhaupt nicht geeignet, die Verkehrssicherheit zu erhöhen oder die Umweltbelastung zu vermindern, wie dies die Initianten propagieren. Tempo 30 generell würde vielmehr zu einem Verkehrschaos innerorts führen.

Erfahrungen und Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass Tempo 30 generell ohne teure bauliche Massnahmen nicht eingehalten wird. Die Temporeduktion reduziert ausserdem die Kapazität der verkehrsorientierten Sammel- und Hauptstrassen. Mehr Staus und Verstopfungen in den Innenstädten wären die Folge. Negativ würde sich die Einführung von Tempo 30 auf die Verkehrssicherheit auswirken; die Zahl von Konfliktfällen mit Fussgängern würde sich vergrössern. Auch bezüglich Luftqualität sind keine Verbesserungen zu erwarten. Schliesslich wäre der öffentliche Verkehr gezwungen, sich an die neue Tempolimits zu halten. Bundesrat sowie National- und Ständerat lehnen die Initiative deutlich ab.

Nein zu einer Zweiklassenmedizin

Nachdem das Schweizervolk der Denner-Initiative «für tiefere Spalkosten» am 26. November 2000 mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 82 Prozent eine vernichtende Niederlage beschert hat, gilt es am 4. März 2001 bereits wieder zu einer Denner-Initiative Stellung zu nehmen.

Mit ihren radikalen Einschränkungen führt die Arzneimittel-Initiative von Denner zu einem massiven Verlust von Qualität und Sicherheit in der Medizin. Sollte die Initiative angenommen werden, dürfen die Krankenkassen nicht mehr die wirkungsvollsten Medikamente vergüten, sondern nur noch die billigsten. Damit wäre der medizinische Fortschritt praktisch ausgeschlossen. Dies käme für Patientinnen und Patienten einem Therapierückschritt gleich.

Link: www.dennermedizin-nein.ch

Verlangsamtes Expansionstempo 2001

Die Konjunktur hat in der Schweiz eine etwas langsamere Gangart eingeschlagen und sich auf einem ansehnlichen Wachstumspfad beruhigt.

Das laufende Jahr wird mit einer geschätzten Zunahme des Bruttoinlandproduktes um real 3,3 Prozent, einer Arbeitslosenrate von zwei Prozent und einer Jahresteuierung von unter zwei Prozent das beste Konjunkturjahr seit 1990 sein. Dies zeigt der kürzlich veröffentlichte Wirtschafts-lagebericht von economiesuisse. Die Schweizerische Nationalbank hat ihren geldpolitischen Kurs seit Frühjahr sukzessive angezogen, um den möglichen Aufwärtsrisiken bei der Preisentwicklung und dem Aufkeimen von Inflationserwartungen

zu begegnen. Die monetären Rahmenbedingungen sind in Verbindung mit der jüngsten Aufwertung des Frankens zum Euro nicht mehr so günstig wie zu Jahresbeginn. In den ersten zehn Monaten stiegen die Ausfuhren wertmässig um 11,9 Prozent; diese Entwicklung war sowohl branchenmässig als auch geografisch breit abgestützt. Die Einfuhren legten im gleichen Zeitraum nominal um 14 Prozent zu. Recht lebhaft entwickelte sich auch der private Konsum. Für 2001 ist mit einem verlangsamten Expansionstempo der Weltkonjunktur zu rechnen. economiesuisse erwartet in Anlehnung an das Institut für Weltwirtschaft in Kiel für die Weltwirtschaft einen Zuwachs von rund vier Prozent. Vor diesem Hintergrund werden die schweize-

rischen Exporte weiterhin positive, wenn auch etwas weniger kräftige Impulse als im laufenden Jahr erhalten – sofern es an der Währungsfront zu keinen Erschütterungen kommt, die zu einer übermässigen Aufwertung des Frankens führen.

Für die Unternehmen bedeutet dies, dass sie ihre innovatorischen Anstrengungen unvermindert hochhalten müssen. In der Wirtschaftspolitik sind investitions- und standortfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, die sozialen Sicherungssysteme auf solide Grundlagen zu stellen und das Bildungs- und Forschungssystem qualitativ zu verbessern und quantitativ zu verstärken.

Link: www.economiesuisse.ch

Presseschau zum «Europa-Bericht»

Am 23. November hat economiesuisse das Europa-Papier «Europa – Optionen und Hausaufgaben» der Öffentlichkeit vorgestellt. Nicht nur das Medieninteresse war überaus gross, auch die zahlreich eingegangenen Bestellungen für die Auslieferung übertreffen die Erwartungen. Nachfolgend eine Zusammenstellung der wichtigsten Reaktionen:

Wirtschaft spielt auf Zeit

«Wir haben Zeit, viel, viel Zeit: Dies ist die Hauptaussage. (...) Dabei kommt er zum unverfänglichen, aber auch wenig dezidierten Schluss, dass vorerst weiterhin alle drei Wege offen zu halten sind. Wer die Studie jedoch genau liest, kommt nicht darum herum festzustellen, dass die Wirtschaft europapolitisch mächtig auf die Bremse steht.»

Luciano Ferrari, Tages-Anzeiger

Einen Gang zurückschalten

«Die Spatzen pfeifen es schon lange von den Dächern: Wenn die bilateralen Verträge angenommen sind, wird seitens der Wirtschaft der Druck auf einen EU-Beitritt massiv nachlassen. (...) Die Wirtschaft will sich zeitlich nicht unter Druck setzen lassen.»

Matthias Küng, Aargauer Zeitung

Bilateral in die Sackgasse

«Unsere Unternehmen haben durch das EWR-Nein keinen sichtbaren Schaden genommen. (...) Die Frage ist nur, wie lange die EU der Schweiz erlaubt, auf dem gegenwärtigen Weg, dem bilateralen, fortzufahren.»

Carl Wild, Basler Zeitung

In Richtung Europa

«Der Dachverband der Wirtschaft verlangt einen weiteren Ausbau der Beziehungen zur EU. Doch der Verband lässt die Details offen.»

Der Bund

Europapolitischer Stalom

«Vorderhand gibt es im Urteil von economiesuisse keine Al-

ternative zum bilateralen Weg. Entsprechend will sich die Wirtschaft auch nicht unter Zeitdruck setzen lassen bezüglich der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen mit der EU.»

Reinhold Gempeler, Neue Zürcher Zeitung

Les patrons jouent «hâte-toi lentement»

«Curieusement, après cette recherche fouillée, l'association représentant plus de 65% de l'économie nationale refuse d'indiquer la voie qui lui paraît la plus pertinente.»

Philippe Rodrik, 24 heures

En plein coeur!

«Les milieux économique posent toutes ces questions fondamentales et apportent leur contribution aux réponses qu'il faut élaborer. Ce n'est peut-être pas nouveau, mais c'est terriblement opportun.»

Jean-Pierre Gattoni, Le Matin



Bestellen Sie das Europa-Papier jetzt unter www.economiesuisse.ch (auch Download möglich)

Chancen im südlichen Afrika

Neun Schweizer Unternehmen beteiligten sich an der Gemischten Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Botschafter Oskar Knapp (seco) nach Mozambique. economiesuisse war durch Thomas Pletscher, Mitglied der Geschäftsleitung, vertreten.

Mozambique ist ein Land mit beachtlichen Wachstumsraten des BIP auf sehr tiefem Niveau. Die im laufenden Jahr stark belastenden Effekte der Flutkatastrophe dürften ab kommendem Jahr überwunden sein. Die absolute Armut wird aber sehr lange einen Grossteil des Landes dominieren.

Seitens der Regierung und aller Gesprächspartner ist ein deutliches Engagement zur Gewährleistung der politischen Stabilität und zur Weiterführung der wirtschaftspolitischen Liberalisierung unmissverständlich. Von besonderer Bedeutung ist der Einbezug in die SADC (Freihandelszone südliches Afrika). Die Realisierung des Mozal-Projektes (Aluminium-Schmelzwerk) trotz Flutkatastrophe in Rekordzeit und unter dem Budget von 1,3 Mia. US\$ zeugt von der Bereitschaft der Regierung und der Administration, wirtschaftliche Investitionen entschlossen und konsequent zu unterstützen. Bestätigt wird dies durch analoges Vorgehen bei der Realisierung des Maputo-Korridors und beim Wiederaufbau des Hafens.

Ein Teil der Delegation nutzte die Reise zu anschliessenden Gesprächen in Johannesburg mit Vertretern der Schweizer Unternehmen, des SACOB (South African Council of Business) und der Botschaft. Die politische Stabilität und die Wirtschaftspolitik werden generell als gut beurteilt. Stark hemmende Faktoren sind die Kriminalität sowie die hohe Aids-Rate. Die bilateralen Beziehungen sind weitgehend problemlos. Die Schweiz ist mittlerweile der viertgrösste Investor in Südafrika. Südafrika wird generell als Plattform für die ganze Sub-Sahara-Zone genutzt. Ein ambitioniertes Freihandelsabkommen wird daher von den Unternehmen begrüsst. Nachdem die EU ein solches Abkommen abgeschlossen hat, könnte es sonst zu Diskriminierungen kommen, auch wenn der gegenseitige Handel nur wenig durch Zölle belastet wird.

economiesuisse organisiert Tätigkeit

An seiner ersten Sitzung hat der Vorstand von economiesuisse die Leitungsgremien und die ständigen Kommissionen eingesetzt.

Der Vorstand von economiesuisse unter Leitung von Andres F. Leuenberger setzt sich aus den Vorstandsmitgliedern der Schweizerischen Handelskammer und der wf zusammen. Die 67 Mitglieder des Vorstands haben an ihrer ersten Sitzung formell die Organisation von eco-

nomiesuisse bestimmt. Vizepräsidenten sind Charles Pictet und Ueli Forster; dem Vorstands-ausschuss gehören 16 Mitglieder an. Sieben Kommissionen werden sich in Zukunft mit den wichtigsten Themenbereichen befassen. Es sind dies:

- Wirtschaft- und Strukturpolitik (Mario Corti)
- Finanzen und Steuern (Kommissionspräsident Gilbert Coutau)
- Aussenwirtschaft (Andreas W. Keller)

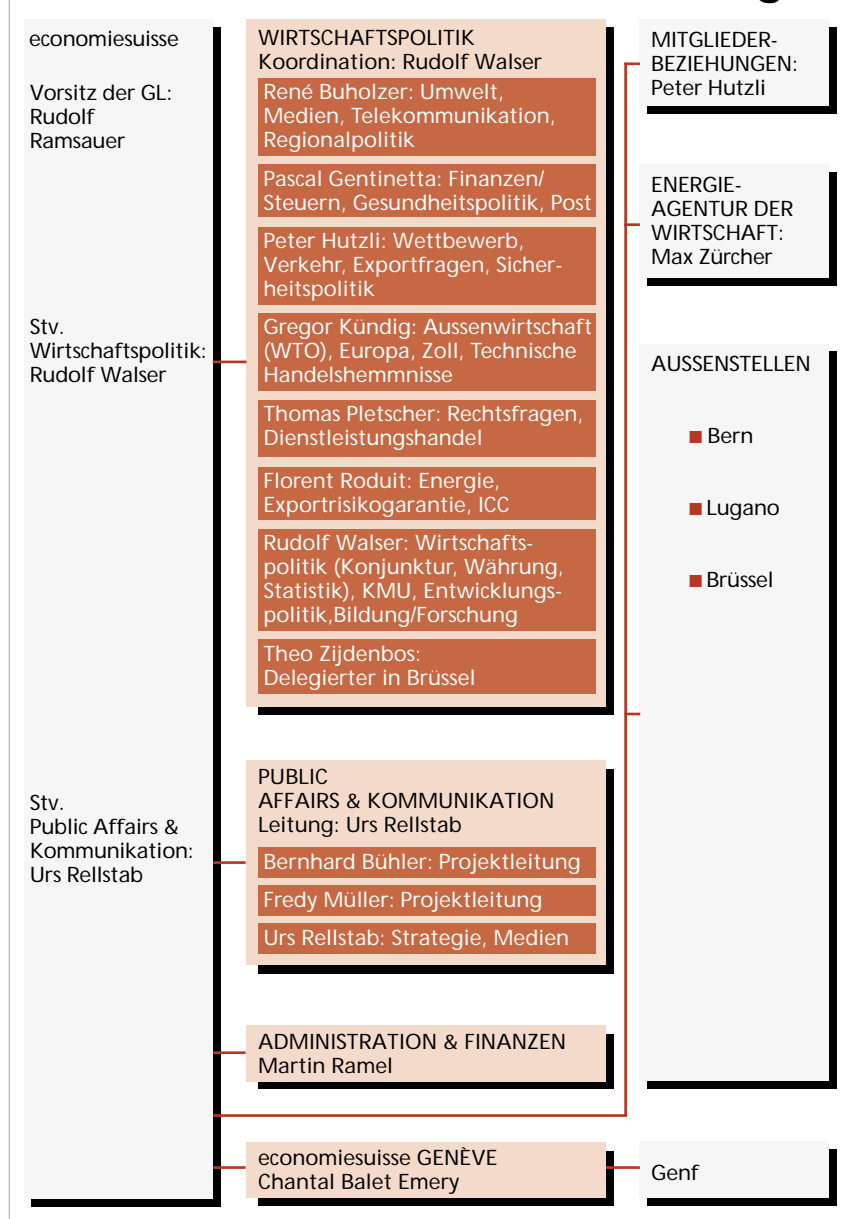
- Bildung und Forschung (Andreas Steiner)
- Energie und Umwelt (Daniel Bürki)
- Wettbewerb (Riccardo G. Gullotti)
- Rechtsfragen (Georg F. Krayer)

Zum Vorsitzenden der Geschäftsleitung hat der Vorstand Rudolf Ramsauer gewählt. Stellvertreter sind: Rudolf Walser (Wirtschaftspolitik) sowie Urs Rellstab (Public Affairs & Kommunikation).

Vorstand und Vorstands-ausschuss*

- Andres F. Leuenberger, Roche Holding AG, Basel*
- Charles Pictet, Pictet & Cie Banquiers, Genève*
- Ueli Forster, Forster Rohner AG, St. Gallen*
- Fritz Blaser, Lonza AG, Basel*
- Rolf Bloch, Chocolat Camille Bloch SA, Courtelary*
- Daniel Bürki, Neuchâtel*
- Mario A. Corti, Nestlé AG, Vevey*
- Hansjörg Frei, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes, Zürich*
- Riccardo G. Gullotti, Management & Consulting Services, Bern*
- François Habersaat, Fédération de l'industrie horlogère suisse FH, Bienne*
- Georg F. Krayer, Bank Sarasin & Cie., Basel*
- Rolf Mehr, Waadt Versicherungen, Lausanne*
- Marcel Ospel, UBS AG, Basel*
- Heinz Pletscher, Schweizerischer Baumeisterverband, Zürich*
- Johann Niklaus Schneider-Ammann, Ammann-Unternehmungen, Langenthal
- Rolf Walter Schweizer, Clariant AG, Muttenz
- Hans-Peter Aebi, diAx, Zürich
- Michel Barde, Fédération des syndicats patronaux, Genève
- Hans Blumer, Marly
- Urs Böhlen, «Holderbank» Financière Glarus AG, Jona
- Ph. Olivier Burger, PKZ Burger-Kehl & Co. AG, Zürich
- Ernst Caffi, Handels- und Industrie-Verein des Kantons Bern, Muri
- Gilbert Coutau, Genève
- Yves Demaurex, André & Cie SA, Lausanne
- Rolf Dörig, Credit Suisse Banking, Zürich
- Martin Ebner, Alusuisse Lonza Group AG, Zürich
- Peter Eckert, «Zürich» Financial Services, Zürich
- Marco Fischer, Müller AG Verpackungen, Münchenstein
- Maria Fornera, Diamond SA, Losone
- Peter Grüschow, Siemens Schweiz AG, Zürich
- Randolf Hanslin, Geberit AG, Jona
- Paul Hasenfratz, Zürcher Kantonalbank, Zürich
- Rudolf Hauser, Bucher Industries AG, Niederweningen
- Eric Honegger, SAirGroup, Zürich-Flughafen
- Martin Huber, Georg Fischer AG, Schaffhausen
- Klaus Hug, Swiss Retail Federation, Bern
- Thomas Isler, Gessner AG, Wädenswil
- Robert A. Jeker, Messe Basel, Basel
- Andreas W. Keller, Diethelm Keller Holding AG, Zürich
- Hans Kindler, Syngenta AG, Basel
- André Kudelski, Kudelski SA, Cheseaux-sur-Lausanne
- Bernhard Ludwig, Papierfabrik Utzenstorf AG, Utzenstorf
- Roland Mages, Compagnie Industrielle et Commerciale du Gaz SA, Vevey
- Carlo Magri, Jelmoli Holding AG, Zürich
- Armin Meyer, ABB Asea Brown Boveri AG, Zürich
- Walter Palmers, Calida AG, Sursee
- Konrad Peter, Zellweger-Luwa AG, Uster
- Martin Pfisterer, BKW FMB Energie AG, Bern
- Markus Rauh, Swisscom AG Bern, St. Gallen
- Christian Rey, Schweizer Hotelier-Verein, Genève
- Urs B. Rinderknecht, UBS AG, Zürich
- Jacques Rognon, ENSA, Corcelles
- Ueli Roost, Sulzer AG, Winterthur
- Rino Rossi, V-Zug AG, Zug
- Hans R. Rüegg, Baumann Federn AG, Rüti
- Urs Scherrer, Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur, Winterthur
- Thomas Schmidheiny, «Holderbank» Financière Glarus AG, Jona
- Dieter Schulthess, Philip Morris SA, Lausanne
- Peter Sigrüst, Riehen
- Gaudenz Staehelin, Zürich
- Kurt Streiff, BP (Switzerland), Hagendorn
- Daniel Vasella, Novartis AG, Basel
- Jean-Paul Voitchovsky, Montres Rolex SA, Genève
- Ronald Weisbrod, Weisbrod-Zürrer AG, Hausen am Albis
- Jost Wirz, Wirz Partner Holding AG, Zürich
- Jean-Jacques Zaugg, PubliGroupe AG, Lausanne
- Hans-Peter Zehnder, Zehnder Holding AG, Gränichen

economiesuisse – Geschäftsleitung



Am Bankkundengeheimnis festhalten

Mit der Einigung der Finanzminister der EU über den wesentlichen Inhalt der geplanten Richtlinie über die grenzüberschreitende Zinsbesteuerung ist klarer geworden, was die EU will. Das Bankkundengeheimnis ist jedoch ein fester Bestandteil der schweizerischen Rechtsordnung.

Im kürzlich veröffentlichten Europa-Bericht von economie-suisse heisst es zum Bankkundengeheimnis, dass diese liberale Institution in der Beziehung Staat/Bürger in jedem Fall zu wahren sei. Das Bankkundengeheimnis ist ein wesentlicher Standortfaktor des Finanzplatzes Schweiz. Ein automatischer Austausch von Bankinformationen über die Grenze hinweg ist auf jeden Fall auszuschliessen. Die Ausnahmen von der Schweigepflicht der Banken sind abschliessend gesetzlich geregelt, so auch mit Bezug auf die internationale Rechtshilfe in Strafsachen. Die darin verankerten Prinzipien sind das Resultat rechtsstaatlicher und demokratischer Entscheidungen. Weiterentwicklungen sind

möglich und im konstruktiven Dialog mit den Gesprächspartnern in der EU zu überprüfen. Rechtshilfe ist auf den Tatbestand des Abgabebetrugs zu beschränken.

Es ist unbestritten, dass das Schweizer Bankkundengeheimnis nicht kriminelle Machenschaften schützen und die Steuerflucht fördern soll. Die Schweiz verfügt denn auch über wirkungsvolle Mechanismen gegen Steuerbetrug, Geldwäscherei und andere kriminelle Handlungen. Das Bankkundengeheimnis hat indes nicht nur eine finanzielle Komponente, sondern ist auch ein wesentliches Element der Privatsphäre des Bürgers.

Der EU-Kompromiss sieht vor, dass Zinseinkünfte, die natürliche Personen mit Steuersitz in einem EU-Mitgliedsstaat in einem anderen EU-Land erzielen, in Zukunft besteuert werden. Ab dem Jahr 2010 sollen Zinszahlungen an einen «EU-Ausländer» den Behörden des Wohnsitzstaates gemeldet werden. Dies erlaubt dem Staat die Besteuerung, ist aber eine Einschränkung des Bankgeheimnisses – wo vorhanden. Belgien, Luxemburg

und Österreich wird deshalb während einer Übergangsfrist von sieben Jahren zugestanden, keine Informationen weiterleiten zu müssen, sondern eine Quellensteuer erheben zu können. Ein Teil dieser Quellensteuer soll an den Wohnsitzstaat weitergeleitet werden. Offen ist indes, wie dieser Informationsaustausch administrativ geregelt werden soll.

Die EU will nun andere Länder, darunter die Schweiz, zur Annahme der gleichen Massnahmen bewegen. Offen ist, ob unter «gleichwertigen Massnahmen» nur die Quellensteuer oder auch der Informationsaustausch gemeint ist. Luxemburg machte klar, dass es dieser EU-Richtlinie nur zustimmen werde, wenn unter anderem auch die Schweiz den Informationsaustausch einführen werde.

Der Bundesrat hat bereits zu einem früheren Zeitpunkt signalisiert, das System der Quellensteuer in Absprache mit der EU allenfalls auszubauen. Er ist allerdings nicht bereit, ein Meldeverfahren einzuführen und damit am Bankkundengeheimnis zu rütteln.

Wirtschaftsinformationen

Er sei kein Internet-Freak, sagt Hansjörg Frei von sich. Vielmehr nutzt er das Internet zweckorientiert – sowohl geschäftlich als auch privat. Als Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes und als Mitglied des Extended Executive Board von Credit Suisse financial services (nach zehn Jahren Leitung des Schweizer Geschäfts von Winterthur) stehen ihm auch gleich zwei wichtige interne Informationsangebote zur Verfügung: nämlich die Intranet-Versionen der jeweiligen Homepages von Credit Suisse und Winterthur. Hier informiert sich Hansjörg Frei laufend über die aktuellen Entwicklungen auf den Finanz-



Hansjörg Frei, Vorstandsmitglied von economie-suisse

be der Financial Times besucht. Diese hat kürzlich eine Auszeichnung als besten interaktiven Verlag erhalten. Als Nutzer kann man hier sein persönliches Profil erfassen und wird entsprechend täglich mit den aktuellsten Wirtschaftsinformationen beliefert.

Elektronische Zeitungen nutzt Hansjörg Frei vorwiegend während der Ferien. Via Internet-Ausgabe der NZZ informiert er sich über das Geschehen zu Hause oder auf den Weltmärkten. Privat surft Hansjörg Frei eher selten. Wenn, dann sieht er sich nach Weinempfehlungen um oder studiert Restaurantangebote. Gerade kürzlich ist ihm die Website eines sehr guten Mailänder Restaurants empfohlen worden. Unter www.bagutta.it gibt es mehr als nur das Menü, auch die Geschichte und eine virtuelle Führung sowie ein Museum sind der Seite angegliedert.

www.credit-suisse.com
www.winterthur.com
www.ft.com
www.nzz.com
www.bagutta.it

märkten und holt sich die interessanten Wirtschaftsinformationen. Seit Hansjörg Frei Vorstandsmitglied von economie-suisse ist, nutzt er auch diese Homepage regelmässig. Zu den favorisierten Seiten gehören ausserdem reuters oder swissquote. Obwohl Hansjörg Frei lieber eine echte Zeitung in der Hand hält, kann es durchaus vorkommen, dass er zwischen-

druck durch die elektronische Ausga-

Vernehmlassungen

15. Januar 2001

Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer

Kontakt: thomas.pletscher@economie-suisse.ch

19. Januar 2001

Strassenverkehrstelematik-Leitbild für die Schweiz im Jahr 2010

Kontakt: peter.hutzli@economie-suisse.ch

19. Januar 2001

Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen

Kontakt: florent.rodut@economie-suisse.ch

31. Januar 2001

Verordnungen (HMG) zum Heilmittelgesetz (HMG)

Kontakt: thomas.pletscher@economie-suisse.ch

23. Februar 2001

Änderung der Verordnung über Aufbau und Führung von Fachhochschulen (Fachhochschulverordnung)

Kontakt: rudolf.walser@economie-suisse.ch

28. Februar 2001

Revision Haftpflichtrecht

Kontakt: thomas.pletscher@economie-suisse.ch



Mitglieder, die sich an der Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei [economie-suisse](http://economie-suisse.ch) anfordern.

- «Europa – Optionen und Hausaufgaben» Broschüre, 48 Seiten, gratis
- «Newsletter» Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis
- «Dossier Politik, Pressedienst» Für Medienvertreter, Politiker und politisch

Interessierte. Erscheint wöchentlich, gratis

- «Facts der Wirtschaft» Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, erscheint 4–5 Mal jährlich, gratis
- «Steuerkonzept» Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung.

Dokumentation

Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–

- «Wirtschaftspolitisches Jahrbuch SHIV» (Vorort) Ausführungen zu wirtschaftspolitischen Themen, Ausgabe 1999. Taschenbuch, 204 Seiten, Fr. 35.–
- «E-Mail-Service» Aktuelle Meldungen von economie-suisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.

Impressum

Herausgeber: economie-suisse, Verband der Schweizer Unternehmen
 Verantwortliche Redaktion: Stefan Kern
 Adresse: Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich
 Tel: 01/421 35 35, Fax: 01/421 34 34
 E-Mail: stefan.kern@economie-suisse.ch
 Web: www.economie-suisse.ch
 Erscheinungsweise: monatlich
 Gestaltung: Layout88 GmbH, Zürich
 Druckvorstufe und Druck: RDV, Berneck

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Name, Vorname _____

Funktion _____

Firma _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____